

Bulletin 1 / 2012

- **Renaissance Watch - Neue Kernenergie- Ära**
- **Ausstiegsinitiativen**
- **Schweiz bald an der Tschechdose?**
- **Langfristige weltweite Energienachfrage**
- **Schiffsreaktoren**
- **Kernenergie in der Raumfahrt**
- **Elektroautos auf der Strasse**
- **Amtl. bew. Sicherheitsrisiko**
- **Schneeberger-Krankheit und Radon-Kur**
- **Arbeitskollegen**
- **Spendenkonzern Greenpeace in der WoZ**
- **Interessante Verweise**
- **Leserbriefe**

Renaissance Watch - Neue Kernenergie-Ära

1. Weltweit gingen 2011 sechs neue Reaktorblöcke ans Netz, darunter ein Schneller Brüter in China. Dreizehn Reaktoren gingen vom Netz, davon erreichte nur der britische Oldbury-2- Reaktor das Ende seiner Lebensdauer. 60 sind im Bau.
2. EU setzt weiter auf Kernenergie, der deutsche Kommissar Günther Öttinger spricht sich für 40 neue Kernkraftwerke aus.
3. Der kanadische Rohstoffkonzern Touringam kauft Uranvorkommen in Schweden und Finnland.

4. Die russische TVEL und das tschechische Ingenieurbüro Alta Invest haben ein Brennstoff-Technologiezentrum in der Tschechischen Republik eröffnet. Neben den tschechischen Kernkraftwerken sollen auch in Westeuropa Kunden gewonnen werden, der Verkauf russischer Kernkraftwerk-Ausrüstungen ist geplant.
5. In Changjiang auf der Insel Hainan läuft der Baufortschritt sehr gut; gemäss Nuklearforum konnte die 180 Tonnen schwere Kuppel des Reaktorgebäudes 28 Tage früher als geplant aufgesetzt werden.
6. Ghana will bis 2020 ein Kernkraftwerk in Betrieb nehmen, dazu wurden Gespräche mit russischen Experten geführt. Seit 1995 wird der von China gelieferte Forschungsreaktor GHARR-1 mit 30 KW thermischer Leistung betrieben.
7. Frankreich verbessert nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Effizienz seiner Kernkraftwerke. Insgesamt werden über 10 Mrd. Euro investiert . Es wird durch Aufrüstungen eine zusätzliche Leistung von rund 400 MW generiert, ebenso wird die Zuverlässigkeit und Lebensdauer verbessert.
8. Myrrha (Multipurpose Hybrid Research Reactor for Hightech Applications) heisst der beschleunigergetriebene, unterkritische Forschungsreaktor im belgischen Mol, der bis 2023 fertiggestellt werden soll. Diese Technologie, die der 4. Generation zugerechnet wird, soll die Verwertung hochradioaktiver Spaltstoffe ermöglichen. Er wird den Versuchsreaktor BR2 ersetzen, der im laufenden Jahr ein halbes Jahrhundert alt wird.

Ausstiegsinitiativen

Im Moment laufen zwei eidgenössische Initiativen, die den Atomausstieg anstreben. Die Ausstiegsinitiative der Grünen strebt die Abschaltung des Kernkraftwerkes Beznau 1 ein Jahr nach einem allfälligen Volks-Ja an, die übrigen Kernkraftwerke der Schweiz sollten nach 45 Jahren Betrieb stillgelegt werden. Die Cleantech-Initiative will den Umbau der Energieversorgung auf „Erneuerbare Energien“, was indirekt gegen die Kernenergie gemünzt ist. Sie ist zustande gekommen und wird von der Landesregierung abgelehnt. Wir sind für Abstimmungskämpfe vorbereitet.

Schweiz bald an der Tschechdose?

Trotz Wärmeüberschuss und nachlassender Konjunktur war die Schweiz auch 2011 auf Stromimporte angewiesen. Hauptursache war die Trockenheit, die zu substantiellen Einbussen bei der Wasserkraft führten, aber auch das Bevölkerungswachstum, das den Stromverbrauch der Haushalte anheizte und so den Minderverbrauch durch die Frankenstärke etwas kompensierte.

Für das erst begonnene Jahr rechnen wir mit einer Stagnation des Landesverbrauchs, da die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Industrieproduktion, sich eher verlangsamt. Verbrauchsfördernd wirkt weiterhin der Bevölkerungszuwachs. Auffallend war der Importüberschuss im August. Die Schweiz war damit während 7 Monaten von Importen abhängig. In Deutschland wurde im vergangenen Jahr das Wort „Tschechdose“ geprägt, um die durch den Atomausstieg verursachte Abhängigkeit von tschechischen Stromimporten einfach zu umschreiben.

Langfristige weltweite Energienachfrage

Unterdessen leben mehr als 7 Milliarden Menschen auf der Erde. Davon die Mehrheit in der Dritten Welt, wo der Energieverbrauch pro Kopf teilweise noch extrem tief ist. Chinas Investitionen und Rohstoffhunger treiben das Wirtschaftswachstum langfristig an, der „Nachholbedarf“ ist gegeben. *Alle wollen so leben, wie wir in den reichsten Industrieländern.* Die Energiepolitik ist immer noch eine weitgehend nationale Aufgabe, aber die Energiemärkte sind globalisiert; der Klimaschutz ist naturgemäss eine nur international lösbare Aufgabe. Die Klima-Konferenz im südafrikanischen Durban endete nach langem Ringen am 11. Dezember 2011 mit dem Ergebnis, dass auch die Entwicklungsländer auf Ziele verpflichtet werden sollen. Kanada als „reife“ Industrienation kündigte als erstes Land seinen Rückzug vom Kyoto-Protokoll und damit von den Verpflichtungen zum Klimaschutz an. Warum sollen sich nun die Entwicklungsländer an Beschränkungen halten, wenn sogar reiche Industrieländer wie Kanada machen was sie wollen? Alle brauchen Energie, niemand will Einschränkungen hinnehmen. Energieeffizienz ist Pflicht, aber nur mit wesentlich mehr Kernenergie kann allen Menschen ein angenehmes Leben ermöglicht werden.

Schiffsreaktoren

Bei der Stromerzeugung setzt sich die Kernenergie weltweit durch, wenn auch langsamer, als vor einem halben Jahrhundert vorausgesagt. In der zivilen Seefahrt verlief die Entwicklung lange harzig und war von herben Rückschlägen geprägt. Der japanische Frachter Mutsu wurde nach Erprobungsfahrten schliesslich zum konventionell angetriebenen Forschungsschiff umgebaut. Die Frachter „Savannah“ und „Otto Hahn“ wurden nur wenige Jahre nuklear betrieben, die 1988 fertiggestellte russische Sewmorput blieb, neben den Eisbrechern, das einzige zivile Schiff mit nuklearem Antrieb. Der Frachter wurde ab 2007 zum Bohrschiff umgebaut, weil sich mit der Öl- und Gasförderung mehr Geld verdienen lässt. Zwei russische Schiffsreaktoren werden auch im „Schwimmenden Kernkraftwerk“ eingesetzt, das im laufenden Jahr in einer St. Petersburger Werft fertiggestellt werden soll. Kraftwerke dieses Typs sollen dereinst Bohrinseln und küstennahe Siedlungen sowie Bergwerke versorgen können.

Kernenergie in der Raumfahrt

Nicht nur in der Science-Fiction dient Kernkraft als Energiequelle für Satelliten und Raumschiffe, auch in der Realität wird seit Jahrzehnten Strom und Wärme nuklear erzeugt. Meistens mit Thermoelementen aus hochradioaktiven Stoffen, die ohne bewegliche Teile Strom direkt aus Wärme erzeugen.

Die USA haben einen einzigen Satelliten mit einem echten Kernreaktor ausgerüstet, nämlich SNAP 10a, ein Experimentalsatellit mit einem Ionenantrieb. Leider scheiterten beide Experimente. Der Satellit sollte unterdessen für 4000 Jahre in 1300 Meter „endgelagert“ sein. Eine Gefährdung von Menschenleben (auch in der Luftfahrt) ist äusserst unwahrscheinlich, die Verwendung von Kernreaktoren im Weltraum wirft jedoch ethische Fragen auf.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Snapshot_\(Satellit\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Snapshot_(Satellit))

Es gab viele russische Kosmos-Satelliten mit Kernreaktoren, von denen einige in der Atmosphäre verglüht sind. Unsere Grünen hat's bisher nicht gestört.

Elektroautos auf der Strasse

Ab diesem Jahr wird das deutsch-französische Elektroauto Mia für knapp 20 000 Euro an Private verkauft. Die Produktion im Werk Cerizay bei Nantes begann 2011. Bereits liegen einige tausend Bestellungen vor. Chefdesigner ist Murat Günak, der schon den weltweit erfolgreichen Peugeot 206 entwarf und auch bei Volkswagen und Mercedes tätig war. Die Mia (la voiture) wird serienmässig mit einer Batteriekapazität von 8 KWh ausgeliefert, auf Wunsch sind 12 KWh möglich. Aufgeladen wird an einer 230-Volt-Steckdose. Kleine Hersteller wie Kamoo im zürcherischen Schlieren bauen konventionelle Kleinwagen zu Elektrofahrzeugen um und produzieren Kleinserien mit Kunststoff-Karosserien. Der Sportwagen Tesla Roadster mit einer Motorenleistung von satten 225 KW (rund 300 PS) hat eine Batteriekapazität von 56 KWh, zur vollständigen Aufladung werden wegen des unvermeidlichen Verlustes rund 70 KWh benötigt. Im britischen Lotus-Werk wurden von 2008 an rund 2500 Tesla Roadster montiert. Daneben wird die Limousine Model S entwickelt, die in Kalifornien gebaut werden soll und gemäss „Auto Bild“ vom 5. Januar ab 49'900 Dollar erhältlich sein wird. Es wird drei Akku-Grössen geben, die eine Reichweite von 256 bis 480 (!) Kilometer ermöglichen sollen. Die Karosserie besteht zu 95 % aus Aluminium. Der Tesla wird noch im laufenden Jahr an die ersten Kunden in den USA ausgeliefert. Der Toyota Prius, das seit Ende 1997 bewährte und bekannteste Hybrid-Fahrzeug wird neu als sogenannter Plug-in-Hybrid angeboten. Dank Lithium-Ionen-Batterie wird die rein elektrische Reichweite auf 20 Kilometer verdoppelt. Der Akku kann an der Steckdose in nur 1,5 Stunden aufgeladen werden und senkt die CO2-Emissionen weiter - sofern der Strom aus einem klimafreundlichen Kraftwerk stammt. Unter der Marke Qoros wollen der unterdessen bereits bekannte chinesische Autohersteller Chery und die Israel Korporation ab 2013 in Westeuropa Autos anbieten. Auch ein Elektromodell soll vertrieben werden. Audi elektrifiziert sein kleinstes Modell - vorerst als Prototyp. Der A1-e-tron mit Wankelmotor zum Verlängern der Reichweite könnte durchaus in Serie gehen. Das Thema Elektromobilität erfasst alle Fahrzeugkategorien, die Batterien werden immer besser, bleiben jedoch teuer, bis eine neue Speichertechnologie gefunden wird. Die Verlängerung der Reichweite mit kleinen Verbrennungsmotoren, Energierückgewinnung beim Bremsen (Rekuperationsbremse) und allenfalls Solarzellen können eine Hilfe sein.

Amtl. bew. Sicherheitsrisiko

Unter diesem Titel ist im Ktipp vom 30. November 2011 zu lesen, dass in der Schweiz immer noch Gasherde ohne sogenannte Zündsicherung betrieben werden. Die Zündsicherung soll verhindern, dass nach einem allfälligen Verlöschen der Gasflamme weiter Gas ausströmen kann und so ein Explosionsrisiko entsteht. Seit dem Jahr 2000 ist die Sicherung für Gasgeräte vorgeschrieben. Heizungen, Boiler und Durchlauferhitzer seien sogar ab den 1970er-Jahren nur noch mit Zündsicherungen ausgeliefert worden. Auf Gebrauchtmärkten seien laut Ktipp immer noch Gasgeräte ohne Zündsicherung zu finden.

Interessant ist dabei, dass Todesopfer durch defekte Gasgeräte hingenommen werden, während die angeblichen Gefahren der Kernenergie (nicht des Atomstroms) erfolgreich als Wahlkampfthema instrumentalisiert werden können.

Schneeberger Krankheit und Radon-Kur

Fukushima Daiichi hat die Radioaktivität wieder in den Fokus der Medien gerückt. Weniger bekannt ist der Uran-Bergbau in Ostdeutschland und der ehemaligen Tschechoslowakei, der zur Zeit des Kalten Krieges seinen Höhepunkt erreichte. In früheren Jahrhunderten wurden im Erzgebirge Silber, Zinn, Arsen, Kaolin (Porzellan) und Steinkohle abgebaut. Die Bergleute litten häufig an Lungenkrebs, die Belastung durch radioaktive Stoffe als wahrscheinliche Ursache wurde erst im 19. Jahrhundert bekannt und im 20. Jahrhundert richtig eingeschätzt. Der strahlenbedingte Lungenkrebs wurde nach der Stadt Schneeberg in Sachsen benannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg sicherten sich die Sowjets im Erzgebirge Uran, das sie für Atomwaffen und Atomstrom benötigten. 1946 wurde in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der späteren DDR, das Bergbaukombinat Wismut gegründet. Wegen ungenügender Ausrüstung, schlechter Ausbildung und hohem Leistungsdruck gab es viele Unfälle und eine hohe Belastung durch radioaktiven Staub sowie das radioaktive Edelgas Radon. Erst in den 50er-Jahren wurde das „trockene Bohren“ verboten und so der Staub effektiv reduziert sowie ein brauchbares Rettungs- und Gesundheitswesen aufgebaut. Noch heute leiden Überlebende unter den Folgen des verantwortungslosen Uranabbaus, der bis in die 1970er-Jahre hauptsächlich militärischen Zwecken diente.

In Deutschland wie in Oesterreich und Tschechien wird in Heilbädern radonhaltiges Wasser gegen Rheumatismus und andere Krankheiten eingesetzt, obwohl die schlimmen Folgen übermässiger Strahlenbelastung heute sehr genau bekannt sind. Bei der Einatmung wirken radioaktive Stoffe von innen auf das Gewebe ein, was besonders verheerend sein kann.

In St. Blasien-Menzenschwand im Schwarzwald, nicht weit vom umstrittenen Kernkraftwerk Fessenheim entfernt, wird die Radiobalneologie, das Baden in radioaktivem Wasser, propagiert..... <http://www.radonrevitalbad.de/>

Arbeitskollegen

Ministerpräsident Wladimir Putin nahm, zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel, am 8. November 2011 die Nordstream Pipeline von Russland nach Deutschland in Betrieb. Damit fließt russisches Gas direkt nach Deutschland. Der Vorsitzende des Aktionärsausschusses ist *Gerhard Schröder*, der als Bundeskanzler den Atomausstieg in die Wege leitete. Weil durch die Abschaltung von Kernkraftwerken Strom fehlt, wird Gas für die Stromerzeugung attraktiver.

Zufälligerweise befindet sich der deutsche Terminal in Lubmin bei Greifswald, wo bis 1990 ein Kernkraftwerk mit vier russischen WWER- Reaktoren betrieben wurde.

Der russische Gazprom-Konzern ist mit 445 000 Beschäftigten der grösste Arbeitgeber Russlands, der grösste Gaskonzern der Welt und hat einen Börsenwert von rund 100 Milliarden Dollar. Gazprom Media ist u. a. an der Zeitung „Iswestija“ beteiligt. Am 14. Juli 2011 wurde die strategische Partnerschaft zwischen Gazprom und RWE auf dem deutschen Strommarkt bekanntgegeben. Gazprom hat auch den deutschen Stromhändler *Envacom*

gekauft und sponsert den bekannten Fussballclub *Schalke 04*. Auch der russische Präsident Medwedew war bei Gazprom tätig. Ministerpräsident Putin arbeitete zu Sowjetzeiten für den Geheimdienst KGB in der DDR, wo er seine Deutschkenntnisse vertiefen konnte. Der in Russland tätige Dresdner-Bank Manager Mathias Warnig perfektionierte seine Russischkenntnisse bei der Stasi und Gazprom-Deutschland Finanzchef Felix Strehofer wird die Stasi-Vergangenheit zum Vorwurf gemacht. Gazprom steht für eine enge, aber nicht unproblematische Verbindung zwischen Deutschland und Russland.

<http://www.nord-stream.com/de/>

Spendenkonzern Greenpeace in der WoZ

Wie die linksalternative „WochenZeitung“ WOZ in ihrer Ausgabe vom 12. Januar schreibt, beklagten sich rund 60 Personen aus der Basis in einem Brief an die Geschäftsleitung über den „Kurs, der das Fundraising zunehmend ins Zentrum stelle“. „Die undemokratische Top-down-Führungskultur, die einseitige Konzeptverlagerung, der Umgang mit hauptamtlichen Aktivisten, die Missachtung der GP-Basis / Freiwilligenwelt ausserhalb des Büros entsprechen unserer Meinung nach weder dem Schweizer GP-Leitbild noch der internationalen GP-Kultur“, heisse es zu Beginn des Briefes vom vergangenen Dezember. Konzernweit beschäftige Greenpeace 1200 Mitarbeiter, in der Schweiz seien es 70, die 2010 rund 26 Mio. Franken Spenden generierten. Die Zahl der Freiwilligen wird mit 700 angegeben. Wie hoch die Spendeneinnahmen weltweit sind, wird nicht angegeben. Meinungsverschiedenheiten über die Ausrichtung des 1971 in Kanada von Idealisten gegründeten Spendenkonzerns sind nicht neu.

Greenpeace Mitgründer Patrick Moore verliess Greenpeace in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, weil er die kompromisslose Ablehnung von Gentechnologie, Forstwirtschaft und Kernenergie für übertrieben hält. Heute befürworten immer mehr Umweltschützer die Kernenergie und andere moderne Technologien, weil deren verantwortungsvolle Nutzung durchaus ökologische Vorteile hat. Der britische Umweltschutz-Vordenker James Lovelock sieht die Kernenergie als „Grüne Lösung“ für Energiefragen und Klimaprobleme. „Environmentalists For Nuclear Energy“ ist ein Zusammenschluss von kernenergiefreundlichen Umweltschützern <http://www.ecolo.org/base/basede.htm>

Interessante Verweise

Schweiz: <http://www.nuklearforum.ch/> www.aves.ch www.swissnuclear.ch

Deutschland:

www.buerger-fuer-technik.de www.energiefakten.de

<http://www.schulphysik.de/radio1.html> www.kernenergie.de

International:

<http://www.iaea.org/>

<http://www.win-global.org/>

<http://world-nuclear.org/> <http://www.world-nuclear-news.org/>

<http://www.nustartenergy.com> <http://www.unistarnuclear.com/>

<http://www.npcil.nic.in/> <http://www.nuclep.gov.br/en>

<http://www.aeoi.org.ir/portal/Home/Default.aspx?CategoryID=b75076ee-c700-4709-87b1-e64579180d14>

www.windtoons.com www.oilprice.com www.rte-france.com/fr/

Leserbriefe :

Nur noch inhärent sichere Kernkraftwerke NZZ 7. 12 2011

Wir alle wollen, dass die Elektrizität sicher, bezahlbar und ökologisch produziert wird. Aufgabe der Wissenschaft ist es zu zeigen, wie das technisch gemacht werden kann. Aufgabe der Wirtschaft ist es zu entscheiden, welche Investitionen zahlbaren Strom ermöglichen, und Aufgabe der Politik ist es, die Versorgungssicherheit und die ökologische Produktion rechtlich zu ermöglichen und ihre Umsetzung zu kontrollieren.

1978 lieferte Wolfgang Kröger, damals im Forschungszentrum Jülich und ab 1990 Professor für Sicherheit technischer Systeme an der ETH, mit neun Fachleuten als Mitautoren im Auftrag des deutschen Bundesministers des Innern nach einer vierjährigen Untersuchung eine Beurteilung ab über die unterirdische Errichtung von Kernkraftwerken (KKW). Untersucht wurden schwere Störfälle mit Kernschmelzen infolge einer Kombination technischer Fehler, induzierte Wasserdampfexplosion mit Versagen des Reaktordruckbehälter-Deckels, Flugzeugabsturz, kriegerische Bombenabwürfe, Saboteur- und Terroristenaktionen, Erdbeben, Überflutung, Transport von störfallbedingt freigesetzten radioaktiven Stoffen wie Edelgase, Jod, Cäsium und Strontium in der Luft oder im Grundwasser. Danach kann ein unterirdisches KKW gegenüber all diesen Einwirkungen so sicher gemacht werden, dass keine Radioaktivität in bedrohlicher Masse entweicht und somit niemand evakuiert werden muss. Im schlimmsten Fall schliesst sich das KKW allein durch Gravitation gegen die Umwelt ab.

Bereits die KKW's mit konventioneller Technik der sogenannten zweiten Generation hätten so weitgehend inhärent sicher gebaut werden können. Die geschätzten Investitionskosten

wären maximal fünfzehn Prozent höher gewesen als bei oberirdischer Bauweise, wodurch sich der Produktionspreis der Elektrizität um knapp 8 Prozent erhöht hätte. Jedenfalls sind die Kosten viel günstiger als bei den heute diskutierten Alternativenenergien und die Landschaft würde nicht verschandelt durch riesige Windräder, neue Starkstromleitungen und umstrittene Staubecken. All das wäre schon vor dreissig Jahren möglich gewesen. Es braucht also kein Verbot der Kernenergie, im Gegenteil, ein solches würde die Umwelt nur zusätzlich belasten, weil dann auf fossile Brennstoffe ausgewichen würde. Wir müssen auch nicht warten, bis die vierte Generation der Reaktoren (nicht zu verwechseln mit der Kernfusion), bei welcher eine Kernschmelze physikalisch unmöglich ist, in vielleicht dreissig Jahren entwickelt ist. Es braucht allein die gesetzliche Vorschrift, dass KKW's nur bewilligt werden dürfen, wenn sie inhärent sicher sind.

Warum haben die Wissenschaftler, die Wirtschaft und die Politiker dreissig Jahre lang geschlafen? Nun, Konsumenten und Wirtschaft wollten keine Mehrkosten, die Politiker liessen sich unter Druck setzen, die Grünen hätten das wichtigste Feindbild für ihre Angstopolitik verloren und die Wissenschaftler wollten das Vertrauen der Politiker und der Wirtschaft nicht verlieren, denn sie werden ja von denen bezahlt. Das grösste und schwierigste Problem, das die Menschheit in diesem Jahrhundert lösen muss, ist die Klimaerwärmung wegen der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Es wäre paradox, gefährlich und dumm, wenn wir die schon bisher wackelnden Klimaziele nicht erreichen ausgerechnet wegen der irrationalen Angstmacherei der vermeintlichen „Umweltschützer“ und der Desinformation des Volkes.

Hans Wehrli, Zürich

NZZ: 2 Leserbriefe

Unterirdische AKW

1978 lieferte Wolfgang Kröger, nun Professor für Sicherheit technischer Systeme an der ETH, eine Studie über die Sicherheit unterirdischer Kernkraftwerke ab. Resultat: Unterirdische KKW konventioneller Bauart können so sicher gebaut werden, dass bei allen Störfällen infolge menschlicher oder technischer Fehler, Erdbeben, Überflutung, Flugzeugabstürzen und Sabotage keine Radioaktivität in bedrohlichem Ausmass austritt. Bei einem Super-GAU schliesst sich das KKW allein durch Gravitation gegen die Umwelt ab, und niemand muss evakuiert werden. Der Strompreis wäre viel tiefer als bei den heute diskutierten Alternativen. Zudem würde die Landschaft nicht verschandelt durch Windräder, neue Starkstromleitungen und Staubecken.

Es braucht also kein Verbot der Kernenergie, im Gegenteil, ein solches würde die Umwelt belasten, weil dann auf fossile Brennstoffe ausgewichen würde. Wir müssen auch nicht warten, bis in dreissig Jahren eine neue KKW-Generation entwickelt sein wird. Es braucht allein die gesetzliche Vorschrift, dass KKW nur bewilligt werden dürfen, wenn sie inhärent sicher sind. – Warum ist das Thema

unterirdischer KKW seit dreissig Jahren tabu? Nun, Konsumenten und Wirtschaft wollten keine Mehrkosten, die Grünen hätten ihr wichtigstes Feindbild verloren, und die Politiker liessen sich unter Druck setzen. Das grösste Problem, das die Menschheit in diesem Jahrhundert lösen muss, ist die Klimaerwärmung. Es wäre paradox, gefährlich und dumm, wenn das ausgerechnet wegen der irrationalen Angstmacherei der vermeintlichen Umweltschützer nicht gelänge.

Hans Wehrli, Zürich

Risiken von AKW und Politik

Die Aussage des Titels «Atomkraftwerke sind nicht so leicht totzukriegen» (NZZ 23. 12. 11) stimmt. Schon bei Auslegung, Planung und Bau wurden an eine lange Lebensdauer und Sicherheit der AKW die höchsten Ansprüche gestellt. Auch die von der Behörde Ensi geforderte «Alterungsüberwachung» wurde schon lange vor diesem Begriff beachtet und gelebt. Bereits bei der Errichtung der Anlagen waren z. B. gute Zugänglichkeit und damit mögliche Instandhaltung und Überwachung eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Betrieb. Tatsächlich sind unsere AKW in einem aktuell zuverlässigen und hervorragenden Zustand. Technisch sind sie nicht totzukriegen, wohl aber politisch in einem von Machtkämpfen und Wiederwahlbefürchtungen geprägten Umfeld, vor allem im deutschsprachigen Europa. Es

grenzt ja schon an ein übermütiges Pokerspiel, wenn sichere und gut erhaltene Anlagen zugunsten einer auf dem Papier hochgelobten alternativen Energiezukunft vorzeitig stillgelegt werden sollen. Und das bei steigendem Energiekonsum, zu reduzierendem CO₂-Ausstoss und einer elektromobilen Zukunft.

Ingo Seidl, Lortorf

4. 1. 12

5. 1. 12

Verantwortlich für das Bulletin : Markus Alder

Kontaktadressen : koechel@gmx.ch alderfahrschule@gmail.com
www.beznau3@gmail.com kettenreaktion@gmail.com

Quellen : Michael Fehr, Internet, Tageszeitungen, www.strom.ch www.nuklearforum.ch ,
www.power-technology.com www.world-nuclear-news.org www.bfe.admin.ch

www.kettenreaktion.ch

